

## Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft!

Liebe Delegierte des SPD-Parteitag,

„Umweltgerechtigkeit ist das Ziel unserer Politik. Denn eine zerstörte Umwelt gefährdet die Gesundheit und vertieft soziale Ungleichheit bei uns und weltweit. Wir wollen allen Menschen den Zugang zu einer intakten Natur erhalten. Frische Luft, gesunde Böden, saubere Gewässer, eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt gehören dazu. Wir stehen in der Verantwortung, eine gesunde und saubere Umwelt für unsere Kinder und Enkelkinder zu bewahren.“

So haben Sie es im SPD-Regierungsprogramm geschrieben. Und wir, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), sehen das auch so. Sauberes Trinkwasser, gesunde Lebensmittel, gute Luft und eine intakte Natur sind elementare Bestandteile von Gerechtigkeit. Doch es sind vor allem sozial benachteiligte Menschen, die an Straßen mit zu hohen Stickoxid- und Feinstaubbelastungen wohnen oder unter steigenden Preisen für Trinkwasseraufbereitung leiden. Umwelt- und Klimaschutz haben daher neben der ökologischen auch eine nicht zu vernachlässigende soziale Dimension.

Das SPD-geführte Bundesumweltministerium und die SPD-Bundestagsfraktion haben in der letzten Wahlperiode wichtige Akzente für mehr Umwelt- und Klimaschutz gesetzt und in der großen Koalition für Kompromisse zum Wohl von Umwelt und Natur gekämpft.

**Der BUND wünscht sich von Ihnen, dieses Engagement in der neuen Legislaturperiode – egal ob in der Regierung oder in der Opposition – auszubauen und den nachhaltigen Umbau unserer Gesellschaft ambitioniert voranzubringen.**

Die Aufgaben liegen auf dem Tisch: Um das Klimaziel 2020 als wichtige Wegmarke auf dem Weg zu einer Treibhausgasreduktion von 95 Prozent bis 2050 noch einzuhalten, muss die nächste Bundesregierung den notwendigen Ehrgeiz bei der Umsetzung der nötigen Maßnahmen entwickeln. Die fortschreitende Intensivierung von Tierhaltung und Landwirtschaft schaden Umwelt, Natur, den Nutztieren und auch uns Menschen. Um die Biodiversität zu schützen und unsere natürlichen Ressourcen zu erhalten, muss die Landwirtschaft umgestaltet werden hin zu bäuerlich-ökologischen Betrieben mit artgerechter Tierhaltung und deren Bindung an die Fläche.

**Setzen Sie sich aktiv für unsere Umwelt und Natur ein, damit wir alle besser leben können. Setzen Sie sich für die folgenden Punkte ein:**

- **Klimaziel 2020 einhalten – Kohlekraftwerke zusätzlich abschalten:** Das Klimaziel 2020 ist noch zu schaffen. Dafür müssen die ältesten und dreckigsten Kohlekraftwerke vom Netz und weitere in ihrer Produktion gedrosselt werden. Notwendig sind zusätzliche Einsparungen von 100 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> bei den Kohlekraftwerken. Denn die Maßnahmen in allen anderen Bereichen werden bis 2020 keine annähernd großen Effekte bringen können.

- **Kohleausstieg – sozial- und klimagerecht beschließen:** Damit die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland endlich wieder sinken, braucht es den geordneten Abschied von der Kohle. Dazu muss ein Ausstiegsfahrplan für die Kohlekraftwerke gesetzlich festgelegt werden. Damit dieser mit den deutschen Klimazielen und dem Pariser-Klimaabkommen im Einklang ist, muss spätestens 2030 mit der Kohle Schluss sein. Zum Ausstieg gehört selbstverständlich ein umfassendes Ausstiegskonzept, das den Strukturwandel in den Kohle-Revieren finanziell unterstützt und neue Perspektiven für die Beschäftigten, ihre Familien und die Regionen schafft.
- **Energiewende beschleunigen – Erneuerbare im ganzen Land stärken:** Die bisherigen Ausbauziele und jährlichen Ausschreibungsmengen für Erneuerbare reichen nicht aus, um die Klimaziele zu erreichen und mehr erneuerbaren Strom in anderen Sektoren wie Gebäuden und Verkehr einzusetzen. Der Ausbaudeckel im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) muss weg, denn er schneidet Potential für Klimaschutz und Wertschöpfung ab. Die jährlichen Zubaumengen für Windkraft an Land und Photovoltaik (PV) müssen mindestens verdoppelt werden. Die Förderung muss so gestaltet werden, dass Windkraft und PV endlich in allen Bundesländern – möglichst verbrauchsnahe und naturverträglich – ausgebaut werden.
- **Erneuerbaren Energien – dezentral in Bürgerhand:** Die Hälfte der Erneuerbaren-Anlagen in Deutschland ist in der Hand von Bürgerinnen und Bürgern. Und das soll auch so bleiben, denn es garantiert Wertschöpfung und Teilhabe vor Ort und die Akzeptanz für die Energiewende. Deshalb muss schnell eine tragfähige Regelung im EEG her, welche die traditionelle Bürgerenergie weiterhin ermöglicht. Gerade für die Teilhabe in den Städten müssen Mieterstrom-Modelle deutlich gestärkt werden.
- **Nachhaltige Mobilität gestalten – Verkehrswende einleiten:** Bei der Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans 2030 müssen seine Ziele – Reduktion der Treibhausgase, der Emissionen und Schutz der Biodiversität – bestmöglich eingehalten werden. Deshalb sind die Anteile des Schienengüter- und Personenverkehrs zu erhöhen, in den Städten müssen der öffentliche Nahverkehr sowie umwelt- und stadtverträgliche Mobilitätslösungen Priorität bekommen. Durch gute Beteiligung mit Alternativenprüfung können die Planungszeiten deutlich verkürzt werden.
- **Umweltschädliche Subventionen im Verkehrsbereich abbauen:** Die steuerliche Besserstellung des Pkw-Dieselmotors ist gesundheits- und klimapolitisch unverantwortlich. Die Autohersteller schieben sie in eine Sackgasse. Die Kfz-Steuer muss sich an CO<sub>2</sub>-Emissionen orientieren oder auf eine entfernungs- und emissionsabhängige Pkw-Maut umgelegt werden. Subventionen für Dieselmotoren und Kerosin müssen abgeschafft werden.
- **Umbau der Tierhaltung einleiten – Tierhaltungskennzeichnung einführen:** Eine Nutztierstrategie zum Umbau der Tierhaltung weg von der Massentierhaltung und hin zu tiergerechten Haltungsverfahren muss beschlossen werden. Diese muss mit finanziellen und rechtlichen Maßnahmen sowie einem ambitionierten Zeitplan unterlegt sein und der Landwirtschaft Planungssicherheit geben. Für echte Wahlfreiheit beim Einkauf muss eine staatliche, verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung eingeführt werden.
- **EU-Agrarpolitik – öffentliches Geld für öffentliche Leistungen:** Die EU-Agrarpolitik muss im Rahmen der anstehenden Reform so weiterentwickelt werden, dass nur noch öffentliche Leistungen in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz, Klima und Tierschutz honoriert werden. Die bestehenden nationalen Spielräume müssen verstärkt zum Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft, der Weidewirtschaft, regionaler Lebensmittelproduktion und zum Umbau der Nutztierhaltung genutzt werden.
- **Gesundheit und Artenvielfalt schützen – Glyphosat verbieten:** Nach dem skandalösen Alleingang von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt bei der Wiedezulassung von Glyphosat muss die Verwendung in Haus- und Kleingärten sowie auf kommunalen Flächen umgehend verboten werden. Der Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft muss deutlich reduziert und in Naturschutz- und Trinkwasserschutzgebieten vollständig unterbunden werden. Zum Schutz von Bienen und anderen Bestäubern muss ein Bienenaktionsplan beschlossen werden, der auch ein ambitioniertes Pestizidreduktionsprogramm mit klaren Reduktionszielen und ein sofortiges Verbot problematischer Wirkstoffe wie den Neonicotinoiden enthält. Die Zuständigkeit für Pestizide muss vom Landwirtschaftsressort auf das Umwelt- oder Gesundheitsressort übergehen.
- **Gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion sichern:** Um Landwirtschaft und Lebensmittel frei von Gentechnik zu halten, müssen auch die sogenannten Neuen Gentechniken als Gentechnik reguliert werden.

Ihr Olaf Bandt,  
BUND-Bundesgeschäftsführer Politik & Kommunikation